

## Deutscher „Sozialismus“

### Bemerkungen zu Sombarts Buch „Deutscher Sozialismus“<sup>1)</sup>

Von Dr. Richard Behrendt (Bern)

Die geistige Lage unserer Zeit ist auf weiten Gebieten gekennzeichnet durch die Überwältigung des nüchternen Denkens durch den politischen Willen, der Vernunft durch die irrationale Triebhaftigkeit. Unter diesen Umständen ist es verständlich, dass gerade die wissenschaftlichen Disziplinen, die den Wünschen und Bedürfnissen der aus dem seelischen wie materiellen Gleichgewicht geworfenen Menschen am nächsten stehen, zuweilen geradezu erstickt zu werden scheinen unter vorurteilsvollem Zweck«denken», das in Wirklichkeit nur nachträglich Argumente und Rechtfertigungen für von vornherein bestehende Tatsachen oder Wunschrichtungen zu liefern hat<sup>2)</sup>. Um so notwendiger ist es, mit den wenigen Mitteln, die dafür in deutscher Sprache noch geblieben sind, immer wieder auf solche Verfälschungen der untilgbaren Forderung strenger Wissenschaftlichkeit hinzuweisen und die Irrwege eines politisierten Denkens klarzulegen.

Das muss hier an einem Beispiel geschehen, das um so schwerer wiegt, als es sich um ein neues Werk eines so bekannten Autors wie Werner Sombart und andererseits um ein Thema handelt, das für sehr viele zu den wichtigsten und praktisch bedeutsamsten gehört. Alle eigentlich politischen Darlegungen des Buches — die allerdings einen erheblichen Teil in Anspruch nehmen und ihm überhaupt das Gepräge geben — sollen hier nicht berücksichtigt, sondern die Erörterung soll schon aus Raumgründen beschränkt werden auf die Fragen der Auffassung Sombarts vom Begriff «Sozialismus» und seiner Vorstellung von den Formen und Möglichkeiten einer «sozialistischen», planwirtschaftlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in streng nationalem Rahmen.

#### I.

Man weiss, dass die Auffassungen Sombarts über Sozialismus und Marxismus Wandlungen durchgemacht haben, wie sie schroffer kaum gedacht werden könnten. Es handelt sich hier nicht darum, diese verschiedentlich dargestellten Gesinnungsänderungen zu rekapitulieren, sondern es soll nur soweit auf sie Bezug genommen werden, wie es zum Verständnis und zur Beurteilung seiner augenblicklichen Auffassung unerlässlich erscheint.

<sup>1)</sup> Berlin-Charlottenburg 1934. XVI, 347 Seiten. Seitenangaben ohne weitere Verweisung beziehen sich im folgenden auf dieses Werk.

<sup>2)</sup> Eine Entschliessung der Konferenz der preussischen Hochschulrektoren von 1934 begünstigt den Nationalsozialismus als «die einzige Macht, die die Wissenschaft befreit».

Noch 1919, im Vorwort zur 8. Auflage seines Buches «Sozialismus und soziale Bewegung» hiess es: «Die Grundgedanken (des Werkes. R. B.) haben sich als richtig erwiesen. Diese sind aber folgende: Es gibt nur einen lebendigen Sozialismus in unserer Zeit, den Marxismus... Alle sozialistischen Bewegungen der Gegenwart sind insofern vom marxistischen Geiste erfüllt, als sie auf dem Wege des Klassenkampfes die Vergesellschaftung der Produktionsmittel anstreben und vom Proletariat getragen werden: der Sozialismus ist proletarisch, das Proletariat sozialistisch geworden. Diese Vereinigung ist die weltgeschichtliche Tat von Karl Marx <sup>1)</sup>.»

Dieses Vorwort datiert von Anfang 1919. Im Herbst desselben Jahres war in der Einleitung zu einem von Sombart herausgegebenen Sammelwerk «Grundlagen und Kritik des Sozialismus» von ihm zu lesen: «Der erste Fremdkörper, der sich mit dem Sozialismus verbunden hat, sind die Emanzipationsbestrebungen einer sozialen Klasse, des Proletariats... Der Geist, der im Augenblick das Proletariat erfüllt, ist nicht nur kein Sozialismus: er ist das Gegenteil von Sozialismus <sup>2)</sup>». «Und was nun das Allerseltsamste ist, ist dieses: dass die Vertreter dieser Lehre (des Marxismus. R. B.)... heutigen Tages als die Wortführer im Kampf um den Sozialismus angesehen werden. Ja, dass man dieses seltsame Zwittergebilde, den „Marxismus“, für eine höchst bedeutsame Spielart des Sozialismus hält, während doch der Marxismus als solcher... überhaupt kein Sozialismus ist <sup>3)</sup>.»

Wir beobachten also das sicher auch «Seltsame», dass nicht nur «man», sondern Werner Sombart selbst einige Monate vorher diesen Marxismus nicht nur für «eine höchst bedeutsame Spielart des Sozialismus», sondern sogar für den einzigen «lebendigen Sozialismus in unserer Zeit» hielt — denselben Marxismus, der nun auf einmal «überhaupt kein Sozialismus ist». Dass er «damals» «das Proletariat» für «sozialistisch geworden» erklärte, während einige Monate später ihm «der Geist, der... das Proletariat erfüllt... das Gegenteil von Sozialismus» zu sein schien. Nachdem das Frühjahr ihn noch «diese Vereinigung» von Sozialismus und Proletariat als «die weltgeschichtliche Tat von Karl Marx» hatte erkennen lassen, lehrte der Herbst bereits: «wenn ein „Marxist“ Sozialist ist, so ist er es nicht als solcher, sondern aus eigenen Gründen. Es gibt gar keinen marxistischen Sozialismus, der ein besonderes Gepräge trüge <sup>3)</sup>».

Ferner hinderte Sombart seine neue Auffassung, dass «der Marxismus überhaupt kein Sozialismus» sei und dass «Marx zu dem Ideengehalt des Sozialismus nicht den allergeringsten Beitrag geliefert» habe, nicht daran, den ersten Band des Werkes, in dessen Einleitung dies gesagt wurde und der die «Grundlagen des Sozialismus» geben sollte, zu etwa zwei Dritteln mit Auszügen aus Schriften von Marx und Engels zu füllen.

---

<sup>1)</sup> Sozialismus und soziale Bewegung. Jena 1919. 8. Aufl. S. V f.

<sup>2)</sup> Grundlagen und Kritik des Sozialismus. 1. Teil. Berlin 1919. S. IX.

<sup>3)</sup> Ebendort, S. X.

Vielleicht noch erstaunlicher sind Sombarts Wandlungen in der Interpretation des Begriffes «Sozialismus» selbst. In den verschiedenen Auflagen seines noch mehr oder weniger marxistischen Sozialismus-Buches hiess es: «Sozialismus und soziale Bewegung sind... die Verwirklichung jener zukünftigen, den Interessen des Proletariates angepassten, neuen Gesellschaftsordnung oder der Versuch ihrer Verwirklichung.» Der erste Umbruch erfolgte auch hier im Laufe des Jahres 1919. Denn in «Grundlagen des Sozialismus» (S. VII) wird die Definition gegeben: «Sozialismus ist praktische Sozialrationalistik mit anti-chrematistischer Tendenz. — Sozialismus sind vernunftgebohrne Strebungen zur Verwirklichung des Ideals der Gerechtigkeit in der menschlichen Gesellschaft, die darin übereinstimmen, dass dies Ziel nur erreicht werden könne, wenn die Erwerbswirtschaft durch eine erwerbslose Wirtschaft ersetzt wird.» Die Lösung von den Interessen des Proletariats ist also auch hier vollzogen.

Die begrifflichen Darlegungen im fünf Jahre später erschienenen «Proletarischen Sozialismus» geben im Grunde nur eine Ausführung und Präzisierung dieser Auffassung. Hier taucht auch die Formulierung auf: «Sozialismus ist Antikapitalismus, d. h. sozialer Normativismus» <sup>1)</sup>.

Anscheinend wird diese Deutung auch in dem neuen Werk Sombarts beibehalten. Auch hier wird «Sozialismus als sozialer Normativismus» definiert. «Darunter verstehe ich einen Zustand des gesellschaftlichen Lebens, bei dem das Verhalten des einzelnen grundsätzlich durch verpflichtende Normen bestimmt wird, die einer allgemeinen im politischen Gemeinwesen verwurzelten Vernunft ihren Ursprung verdanken und im Nomos ihren Ausdruck finden» (60). «Das politische Gemeinwesen ist der Staat» (61).

Dazu ist folgendes zu bemerken:

1. Die ausschliessliche Hinordnung auf den Staat ist neu. Keine von Sombarts früheren Begriffsbestimmungen enthielt sie. Sie wird jetzt noch ausdrücklich unterstrichen: «Keinen Sozialismus begründen die Normen der Sitte, die Kirchengebote,... die Gepflogenheiten eines Standes usw.» (61) — und erfährt eine weitere Verdeutlichung dadurch, dass ein sehr naheliegender Einwand vorwegzunehmen versucht wird: «Aber wenn wir Nomos, soweit er verpflichtende Normen enthält, mit Sozialismus gleichsetzen, dann hat es ja so gut wie immer Sozialismus gegeben? Hat es auch. Jede Ahndung des Mordes durch das Gesetz ist Sozialismus... Jeder obligatorische Schulunterricht in öffentlichen Schulen ist Sozialismus... Ja — jedes Verbot: „Nicht rauchen!“... ist ebensolcher Sozialismus wie jedes staatliche Gebot: „Rechts gehen!“, „Steuern zahlen!“, „Mund halten“,» (61). Der weiter auf der Hand liegende Vorwurf der Inhaltlosigkeit dieses «Sozialismus»-Begriffes soll durch den Hinweis entkräftet werden, «dass zwar sozialistische Grundsätze in aller menschlichen Gesellschaft sich finden, dass aber eine sozialistische Gesellschaft noch enger dahin bestimmt werden muss als eine solche, in welcher der Sozialismus

---

<sup>1)</sup> Der proletarische Sozialismus («Marxismus»). Jena 1924. 1. Band, S. III (im Inhaltsverzeichnis).

das herrschende Ordnungsprinzip ist, in der also das menschliche Verhalten grundsätzlich und allgemein einem Plane unterworfen ist» (62).

2. Die Essenz des Begriffes « Sozialismus » erschöpft sich für Sombart heute im Normativen als solchem, unabhängig von jedem konkreten Inhalt, jeder speziellen Zielsetzung, der die sozialen Normen zu dienen hätten. Dies widerspricht strikte seiner vor zehn Jahren niedergelegten Auffassung, nach der jeder Sozialismus fordert, dass die zu setzende Ordnung « das Mittel, aber auch der Ausdruck der sich auf Erden auswirkenden Gerechtigkeit sein soll » <sup>1)</sup> und die wichtigste Etappe auf dem Wege dazu in der Ersetzung der « Erwerbswirtschaft durch eine erwerbslose Wirtschaft » sieht. Diese Gerechtigkeit dachte er sich damals nicht wie heute als eine rein aprioristische, metaphysisch gesetzte Idee. Vielmehr enthielt für ihn jede als sozialistisch anzusprechende Richtung « mit zwingender Notwendigkeit ein Streben » in sich, « das Ideal zu verwirklichen, eine aus Freiheit geborene Bewegung in der Richtung vom Historischen zum Rationalgewollten ». Weshalb ihm die Forderung, dass « die „Ausbeutung“ ... aus der Welt verschwinde, wesentlicher Programmpunkt für allen Sozialismus » <sup>2)</sup> war. Von dieser Forderung ist heute kein Wort mehr bei ihm zu finden.

3. Noch 1924 war der « Wesenszug » des Sozialismus, als des « Gegensystems » des « durch seine Buntheit auffallenden », « fundamental irrationalen » Kapitalismus « eine grandiose Einförmigkeit. Der Sozialismus will im Grunde von allen drei Grundprinzipien des Gesellschaftslebens nur eins: das rationale, anerkennen... Er greift also den Gedanken der Rationalisierung gesellschaftlicher Beziehungen... auf und ist bestrebt, ihn zu verallgemeinern, ihn zu verabsolutieren: Rationalismus soll das allgemeine Gestaltungsprinzip der Gesellschaft sein <sup>3)</sup> ».

Auf den ersten Blick scheint diese Auffassung beibehalten worden zu sein. Denn der « Deutsche Sozialismus » wird gedacht « als eine allgemeine, eine „totale“ Lebensordnung, die ... alle Kulturbereiche umfasst. Sie muss vor allem einheitlich, d. h. aus einem Geiste geboren sein und muss von einem Mittelpunkt aus planmässig sich über das gesamte, gesellschaftliche Leben erstrecken... Diese Ordnung soll Sorge dafür tragen, unser gesamtes Dasein in ein einheitliches Bett zu leiten, ihm also die Richtung zu geben » (166).

Wer glaubte, diese Sätze seien eindeutig, und ein solcher Vorsatz sei nur streng rational zu fassen und einförmig zu verwirklichen, wird schon auf der nächsten Seite enttäuscht: « Die künftige Sozialordnung... darf den wertvollen Besonderheiten der deutschen Gesellschaft keinerlei Zwang antun dadurch, dass sie etwa eine bestimmte Form der Wirtschaft oder eine bestimmte Form der Organisation an Stelle aller übrigen überkommenen Formen setzt... Der deutsche Sozialismus will die Buntheit des Bildes, das die heutige Gesellschaft darstellt, nach Möglichkeit wahren und womöglich noch steigern » (167 f.).

<sup>1)</sup> Proletarischer Sozialismus, I. Band, S. 11.

<sup>2)</sup> Ebendort, S. 13.

<sup>3)</sup> Ebendort, S. 11.

Aus diesen mannigfachen Widersprüchen geht folgendes hervor:

Noch vor zehn Jahren — nach seiner brüsken Abwendung vom Marxismus — betrachtete sich Sombart selbst nicht nur nicht als Marxist, sondern auch nicht als Sozialist. Dies geht aus seiner nachdrücklichen (und sicher zutreffenden) Betonung des lediglich Rationalen und Einförmigen jedes Sozialismus, bei gleichzeitiger Bekundung eigener romantisch-irrationaler Einstellung klar hervor. Heute ist Sombart nach eigener Auffassung Sozialist, und zwar «deutscher Sozialist». Um dies zu ermöglichen, musste er dem Begriff des Sozialismus wiederum eine faktisch völlig neue Auslegung geben — neu durch: a) die ausschliessliche Hinordnung auf den Staat; b) die völlige Formalisierung; c) die Betonung der Mannigfaltigkeit der Organisation (was nicht nur seiner früheren Überzeugung, sondern auch anderen gleichzeitig aufgestellten Forderungen widerspricht).

Dies wären also die Besonderheiten des «deutschen Sozialismus», der folglich eine neue Entdeckung Sombarts ist, die ungefähr gleichzeitig mit der Machtergreifung der Nationalsozialistischen Partei in Deutschland bei ihm festere Form gewonnen haben muss <sup>1)</sup>. Diese Wandlungen und Selbstwidersprüche ignoriert Sombart jedoch <sup>2)</sup>.

Er vertritt jetzt also einen «eigenen» Sozialismus, die Idee einer «sozialistischen» Gesamtordnung, wie sie dem deutschen Wesen vermeintlich allein entspricht — und wie sie wahrscheinlich in der Literatur, soweit sie auf wissenschaftliche Geltung Anspruch macht, einzig dasteht. Es ist ein «heldischer» Sozialismus, im Gegensatz zum «händlerischen» Marxismus (78). Er ist weder auf einer bestimmten Wirtschaftsform noch auf einer genau umrissenen Vorstellung von einer notwendigen sozialen Entwicklung, sondern allein auf einer vermeintlich einzigartigen Gesinnung aufgebaut (167 f., 282). «An alle die Verheissungen, die den proletarischen und manchen andern Sozialismus erfüllen, glauben wir nicht, wollen wir nicht glauben» (161). Infolgedessen unterbleibt z. B. jede Erörterung der Marxschen Mehrwertlehre und überhaupt aller eigentlich ökonomischen Bestandteile seines Systems. Daran erweist sich wieder der schon hervorgehobene rein formale Normativismus dieses «Sozialismus», der auf eine Gleichsetzung mit staatlicher Organisation überhaupt hinausläuft und sich so im Effekt wohl ohne wesentliche Übertreibung auf die Formel bringen liesse: «Sozialismus ist Kommando».

Im «Proletarischen Sozialismus» (S. 13) ist nach der Aufzählung der spezifischen Zielsetzung jedes Sozialismus, seines ausgeprägten Rationalismus und seiner Einförmigkeit zu lesen: «Dass wichtige Strömungen des modernen So-

<sup>1)</sup> Darauf deutet auch der Zweck dieses Buches hin, den er wie folgt formuliert (XII): «Eine einheitliche Ansicht von den verschiedenen sozialen Problemen der Zeit zu geben, wie sie sich vom Standpunkt einer nationalsozialistischen Gesinnung aus gewinnen lässt.» Er hat die Formel «nationalsozialistisch» m. W. früher nie gebraucht.

<sup>2)</sup> Andere erstaunliche Widersprüche begegnen ebenfalls innerhalb des hier besprochenen Buches. So wird z. B. zu Beginn (S. 2) die beliebte Phrase «liberalistisch» zur Kennzeichnung «des Wesens der letzten Vergangenheit» ausdrücklich — und mit Recht — als «ein zu vieldeutiges Wort» abgelehnt. Trotzdem begegnet man dann auf Schritt und Tritt (u. a. S. 9, 62 usw.) den Wendungen «liberalistische Epoche», «liberalistische Gesellschaft» u. ä.

zialismus einige dieser wesensnotwendigen Bestandteile nicht mehr enthalten, beruht entweder... auf einer Selbsttäuschung seiner Bekenner oder aber auf einem Verrat an der Idee des Sozialismus».

Will man sich also der Auffassung des Sombart von 1924 anschliessen, so bleiben zur Beurteilung des Sombart aus dem zweiten Jahre des Nationalsozialismus nur zwei Möglichkeiten offen...

## II.

Betrachten wir die Vorstellung von dieser «sozialistischen» Zukunftsgesellschaft etwas näher, aber nur rein grundsätzlich. Sie soll gekennzeichnet sein einerseits durch eine «Planwirtschaft», welche — «total» — «die Gesamtheit der Wirtschaften und wirtschaftlichen Vorgänge» einbezieht und — «einheitlich» — «von einer Stelle ausgeht» (279), andererseits aber auch durch «Mannigfaltigkeit», «freie Gruppenbildung» (232 u. a.) usw., durch das Fehlen einer einheitlichen Wirtschaftsverfassung oder Wirtschaftsform oder eines Wirtschaftssystems (z. B. auch 282). Im Sinne des «Deutschen Sozialismus» (der Vergesellschaftung der Produktionsmittel als «eine ziemlich beschränkte Auffassung» [54] ablehnt) «verstehen wir unter Planwirtschaft nicht die Beseitigung der Privatwirtschaft, die wir vielmehr in ihrer gesunden Gestaltung gerade erst wieder in ihr Recht einsetzen wollen. Planwirtschaft bedeutet für uns nur die Durchdringung des Wirtschaftslebens mit sinnvollen Formen,... die Aufstellung von Leitgesichtspunkten für eine gesunde Gestaltung des wirtschaftlichen Daseins der Nation» (283). Dabei tritt als «die ausschlaggebende Macht» natürlich der Staat auf (283).

Seine Machtvollkommenheit ist unbegrenzt. So «muss er das Recht haben, Betriebe, die sich aus irgendeinem Grunde als unzweckmässig erweisen, durch Stilllegung auszuschalten» (323). «Die Grundsätze der (diktatorischen! R. B.) Wirtschaftsführung bestimmen Umfang und Art des Eigentumsrechts» (324). «Die Staatsgewalt» hat «mit starker Hand» dafür zu sorgen, dass die «Suggestions- und Gewaltkonkurrenz» aufhört, die «Leistungskonkurrenz» dagegen «in den Gesamtplan sinnvoll einzufügen» (311). Wie das zu geschehen hat, wird uns im einzelnen nicht deutlich gemacht. Die ausserordentlichen Schwierigkeiten schon für eine befriedigende theoretische, geschweige denn praktische Regelung liegen auf der Hand.

Ferner wird der Staat, wie er durch stete Beaufsichtigung der umfassenden Kartellorganisationen die Preisbildung beeinflusst, so auch «das Arbeitsverhältnis als Ganzes regeln. Damit erhält die Arbeitsverfassung auch in den kapitalistischen Grossbetrieben den Charakter des Beamtenverhältnisses... Die Arbeitsbedingungen werden alsdann — ohne Berücksichtigung der sogenannten „Marktlage“ — nach ausserökonomischen Gesichtspunkten festgestellt, der Interessengegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entfällt, das kapitalistische Arbeitsverhältnis ist beseitigt» (304).

Hier waltet offensichtlich eine ganz besonders ausgeprägte Überschätzung der etatistischen Möglichkeiten. Entweder müssen die Löhne nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten wenigstens à la longue sich regeln: dann besteht das

«kapitalistische Arbeitsverhältnis», wenn auch vielleicht — wie heute — in seinen Auswirkungen sozialpolitisch gehemmt, weiter. Oder die Arbeitsbedingungen werden tatsächlich rein durch einseitigen diktatorischen Machtspruch des Totalstaates nach politischen Gesichtspunkten — aber doch wohl kaum je ganz «ohne Berücksichtigung der sogenannten „Marktlage“» — bestimmt, wie Sombart es prophezeit: dann entfällt die letzte Möglichkeit für das doch auch von ihm verheissene Fortbestehen einer «Privatwirtschaft». Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist dann die selbstverständliche Konsequenz. Es ist nicht ersichtlich, wie in einem solchen Rahmen «eine Art kapitalistische Zunftverfassung» (323) sich ausbilden soll (übrigens eine gerade bei Sombart besonders befremdende Kombination), da weder von Kapitalismus noch von wirklich zünftlerischen Elementen dabei die Rede sein könnte.

«Die Welt der bauerlichen und handwerklichen Wirtschaft wird der Staat mit Gesetzesmauern umgeben, die sie vor dem Eindringen (!) des kapitalistischen Geistes schützen. Durch besondere Massnahmen hat er dafür Sorge zu tragen, dass innerhalb dieser Bereiche jeder Wirtschaft bei wirtschaftlichem Verhalten ihr Auskommen gesichert ist... Danach wird der Staat die einzelnen freischalten und walten lassen können» (321). Auch hierauf muss erwidert werden, dass nach aller recht handgreiflichen Erfahrung auch gerade der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart «danach» kaum noch ein Raum übrig bleiben wird, in welchem der einzelne die Möglichkeit haben und Lust bezeigen könnte, im Rahmen der «Leistungskonkurrenz» «frei zu schalten und zu walten».

Hier, wie in vielen entsprechenden Gedankengängen Sombarts und seiner zahlreichen Gesinnungsgenossen (die uns nicht eifrig genug den «Ständestaat» ans Herz legen können), macht sich eine schwere Unterlassungssünde bemerkbar: Sie identifizieren unversehens den unumschränkten «Totalstaat» der Gegenwart oder (nach ihren Wünschen) mindestens doch der nächsten Zukunft — der nach Mitteilung eines seiner militantesten Verkünder «neue Machtmittel und Möglichkeiten von ungeheurer Intensität hat, deren letzte Tragweite und Folgewirkung wir kaum ahnen, weil unser Wortschatz und unsere Phantasie noch tief im 19. Jahrhundert stecken» <sup>1)</sup> — mit den kleinen, übersichtlichen ständischen Gebilden der mittelalterlichen Städte, die, fern von jedem Zentralismus und Machtstaatsmystizismus, in ihrer Struktur durchaus auf einem sehr praktischen Realismus, nüchternster Kenntnis lokaler Verhältnisse und Berücksichtigung eigener Interessen beruhten <sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Carl Schmitt, Weiterentwicklung des totalen Staates in Deutschland. «Europäische Revue», 9. Jahrg. 1933, Nr. 2, S. 67.

<sup>2)</sup> Vgl. darüber z. B. die recht aufschlussreiche und aktuelle Abhandlung des Historikers Gerhard Ritter «Ewiges Recht und Staatsinteresse» in «Die Tatwelt», 9. Jahrg. 1933, Nr. 1. «Echt germanisch ist nicht der Begriff der Unterwerfung..., sondern der Genossenschaft. Der einzelne besitzt... Rechtsansprüche gegen die Gemeinschaft. Er besitzt... seine alten, herkömmlichen,... rechtlich gesicherten „Freiheiten“: jeder Stand, jede Gemeinde, jede Zunft, jede Genossenschaft, jede Adelsfamilie ihre besonderen — und eben im Besitze dieser... „Gerechtsame“ besteht die Summe germanischer Freiheit... Der Staat des Mittelalters behält immer etwas vom Genossenschaftsverband, wird niemals... zum reinen Herrschaftsverband» (S. 13). — Wogegen für Sombart «der Staatsbürger in dem Gemeinwesen der Zukunft keinerlei Rechtsansprüche, sondern nur Pflichten hat...» (229).

Die Verfechter dieser modernen korporativen Ideen verfallen deshalb fast ausnahmslos dem folgenschweren Irrtum, das, was damals Frucht eines natürlich und in langen Zeiträumen gewachsenen Zusammenlebens in echten Gemeinschaften — also Produkt spezifischer, einmaliger Lebensformen — war, künstlich in einer völlig gewandelten Welt rekonstruieren zu wollen; und zwar durch Organisation, « Gesetzesmauern », also Aufrichtung einer starren Ordnung und Überantwortung alles vor der Mechanisierung bisher noch geretteten Spontanen an eine allmächtige Beamtenschaft und damit einen unübersehbaren und unbeweglichen bürokratischen Apparat.

In dieser ganz verfehlten Wahl der Mittel zur Verwirklichung eines sicher menschlich hoch zu achtenden Ideals bekundet sich immer wieder eine seltsame Verkennung der gegebenen Situation unserer Zeit und ihrer Möglichkeiten. Die immer wiederkehrende typische fixe Idee von Halbgebildeten und psychopathischen Weltverbesserern: man könne und müsse durch Verordnungen und Kommando den Lauf der Menschheit in die entgegengesetzte Richtung zwingen und damit eine neue tausendjährige Epoche des vollkommenen Glanzes eröffnen — eine derartige Vorstellung wird gegenwärtig bezeichnenderweise auch von Menschen geteilt, die durch ihr Bildungsniveau vor solchen billigen Ersatzbefriedigungen geschützt sein sollten.

Sodann stellt sich natürlich die sehr ernste Frage nach dem Kriterium der « Wirtschaftlichkeit » des Verhaltens. Sombart fordert solches Verhalten ja ausdrücklich und stellt es dem « fluchwürdigen Rentabilitätsprinzip » gegenüber (316), in welchem « sich der teuflische Gedanke ganz enthüllt, der in der Rentabilitätsrechnung verborgen ist » (313). Leider und erstaunlicherweise unterlässt er es aber, uns irgendeinen eindeutigen Massstab für die präzise Unterscheidung, geschweige denn praktische Verwirklichung dieses vermeintlich neuen Grundsatzes der Wirtschaftsführung an die Hand zu geben. Er deutet vielmehr nur vage seine enge Verknüpfung mit dem Grundsatz der Nationalwirtschaft und dem « herrlichen Schlagwort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ » an <sup>1)</sup> (317).

### III.

So fällt also in der neuen Sombartschen Konzeption dem Begriff des Gesamtwohls die zentrale und entscheidende Bedeutung zu. Es ist in der Tat der Angelpunkt aller Dispositionen der « Gemeinschaft » auf allgemein sozialem wie wirtschaftlichem Gebiet. Um so wichtiger ist es natürlich, welcher Instanz nun die Entscheidungen darüber überlassen werden sollen, was als Gesamtwohl zu betrachten ist und was es jeweils konkret erfordert. Für Sombart kann darüber kein Zweifel bestehen: Dem Grundsatz des Gemeinnutzens « müssen bestimmte Ordnungen entsprechen, die das Verhalten des einzelnen zwangsläufig in die Richtung des Gemeinnutzens drängen. Und dies deshalb,

<sup>1)</sup> Es muss hier angemerkt werden, dass dieses begeisterte Bekenntnis eine eigenartige Note von Zweideutigkeit dadurch erhält, dass an einer anderen Stelle dieses Buches sich folgende Bemerkung findet: « Die Schlagworte, diese geistigen Suppenwürfel, sind heute die Nahrung der meisten Menschen, die nach Bildung trachten, aber nur zu einer Halb- oder Viertelsbildung gelangen, die viel schlimmer ist als die Unbildung » (38).

weil einerseits auf den freien Entschluss der Individuen — bei ihrer durchschnittlich kanaillesken Veranlagung — kein sicherer Verlass ist, anderseits aber es dem Entscheide des einzelnen nicht überlassen bleiben kann, was er für Gemeinnutz hält» (317).

Ist nun — wie es hier vorausgesetzt wird — der «Gemeinnutzen» wirklich grundsätzlich etwas Objektives, Eindeutiges, das — wenigstens von einem besonders befähigten Menschen — richtig «gewusst» werden kann und an dem alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Massnahmen orientiert werden können?

Zunächst kann es nicht zweifelhaft bleiben, dass die Bezeichnung «Wirtschaftlichkeit» für eine Ordnung, die in dem Diktat des unumschränkten Staates über die Wirtschaft besteht, zu Unrecht in Anspruch genommen wird. Mit der Aufgabe des Rentabilitätsprinzips und seiner Ersetzung durch die Rücksicht auf das «Wohl der Volkswirtschaft» hat man jedes objektive wirtschaftliche Kriterium fahren gelassen zugunsten subjektiver, situations- und stimmungsbedingter, keinesfalls als verbindlich erweisbarer Wertungen und partikularer Einstellungen. Man hat damit faktisch entschieden: Politik über Wirtschaft, also letztlich: subjektiver Wille über objektive Notwendigkeit. Denn «Volkswirtschaft» ist, in diesem Zusammenhang gebraucht, kein ökonomischer (wie heute so oft fälschlich geglaubt wird), sondern ein rein politischer Begriff <sup>1)</sup>.

Damit rückt aber der Massstab dafür, wie nun die Wirtschaftsführung eingerichtet und woher die praktischen Zielsetzungen für sie genommen werden sollen, aus dem Bereich der rationalen Kalkulation der Wirtschaftler auf Grund der Markttatsachen heraus und wird der Entscheidung der politischen Instanzen — nach Sombarts Willen: dem Totalstaat — anheimgegeben <sup>2)</sup>.

Es braucht hier nun nichts gesagt zu werden über die sehr grosse praktische Fragwürdigkeit einer solchen Regelung und über die Einbussen an Ertrag, die sie schon durch die mannigfachen unvermeidlichen Reibungsschwierigkeiten technischer Art mit sich bringen müsste. Dies ist oft hervorgehoben worden und liegt überdies so nahe, dass es diese auf das Unerlässliche beschränkte Erörterung billig dem Leser überlassen kann.

Statt dessen soll hier nur hingewiesen werden auf das unvergleichlich robuste Vertrauen in die ethische Makellosigkeit und in den geistigen Hochstand, ja das umfassende Genie der jeweiligen staatlichen Machthaber, das sich in dem Wunsch nach einer so vorbehaltlosen Übertragung aller Verantwortung für das materielle und kulturelle Schicksal eines ganzen Volkes auf sie kundgibt.

<sup>1)</sup> Vgl. darüber die ausgezeichnete Untersuchung von W. Sulzbach, Der wirtschaftliche Begriff des «Auslands». Weltwirtschaftliches Archiv, 32. Bd. 1930, Nr. 1. — Ausführlicher ist der oben nur angedeutete Gedanke entwickelt bei R. Behrendt, Wirtschaft und Politik im «reinen Kapitalismus». Schmollers Jahrbuch, 57. Jahrg. 1933, Nr. 2, S. 77 ff.

<sup>2)</sup> Dass unter den gegebenen Umständen auch jede «korporative» Wirtschaftsordnung dorthin führen muss, hat Eugen Böhrer überzeugend nachgewiesen. «Die korporative Wirtschaft ist nicht imstande, brauchbare Steuerungsprinzipien an Stelle der Konkurrenz als Regulator zu setzen». Infolgedessen ist «die korporative Ordnung ihrem Wesen nach Politisierung der Wirtschaft». («Korporative Wirtschaft». Erlenbach-Zürich 1934, S. 74. 84.)

So pessimistisch nämlich die Etatisten aller Richtungen hinsichtlich der vom klassischen Liberalismus vorausgesetzten «Harmonie» der (richtig verstandenen!) individuellen Interessen sind und so schneidende Skepsis sie in der Polemik gegen diese menschenfreundliche Auffassung an den Tag legen — so optimistisch sind sie ausnahmslos hinsichtlich der Befähigung und des guten Willens der unverantwortlich Regierenden, diese angeblich doch schroff einander widerstrebenden Interessen zum Wohle der Allgemeinheit zu schlichten. So vermeintlich realistisch und durch Sentiments unbestechlich sie die einzelnen an- und durchschauen — so sonnig, voll Bereitschaft zu jeder Illusion und zur Enthaltung von jedem psychologisch-kritischem Aufwand, unbefleckt von aller seit Menschengedenken immer wiederholten trüben Erfahrung ordnen sie sich dem Spruch der Staatsorgane gleich einem inappellablen göttlichen Orakel unter. Autoren, die sonst geradezu ihren Stolz in einer Haltung des unerbittlichsten Realismus suchen, fliehen unversehens in einige unklare Floskeln hegelianisierenden Staatsmystizismus, sobald es sich darum handelt, zu begründen, warum denn nun eigentlich der durch keine Kontrolle beaufsichtigten Entscheidung eines «Führers» oder einer in seinem Schatten wirkenden unfassbaren Gruppe mehr sachliche Gültigkeit innewohnen soll als den profitorientierten Dispositionen sachverständiger Einzelwirtschaftler oder gar den auf Ausgleich bedachten Beschlüssen vom Volk gewählter Gremien. Da erhalten wir dann Bescheide wie: «Die aus der Repräsentanz der autoritären Staatlichkeit getroffene Entscheidung trägt die Gewähr der Richtigkeit in sich» <sup>1)</sup> — und müssen Sombart in diesem einen Punkt zustimmen: «Wer das Führerprinzip, zu dem wir uns bekennen, . . . ernstlich bejaht, muss an eine fortgesetzte Offenbarung glauben.» «Der Lenker des Staates hat also seinen Auftrag von Gott . . . Auf die „Volksstimme“ hat er nicht zu hören» (213).

Halten wir demgegenüber den entscheidenden Sachverhalt fest, der als solcher rational erwiesen werden kann: Das «Gesamtwohl» ist kein eindeutiger, praktisch durch objektive Untersuchung herauszuarbeitender Begriff. Seine inhaltliche Bestimmung hängt vielmehr stets von weltanschaulichen — und daher nicht mehr diskutierbaren — Voraussetzungen und damit von jeweils partikularen Einstellungen der Individuen ab. Die Behauptung aber, es gebe einen objektiven Gemeinnutzen, und der «Führer» kenne ihn und habe allein die Fähigkeit, ihn gegen die kurzsichtigen und egoistisch widerstrebenden einzelnen durchzusetzen, ist die grundlegende Ideologie aller «autoritären» Regime <sup>2)</sup>. In Wahrheit jedoch vertritt eine solche Diktatur — ob nun bewusst oder nicht — natürlich ebenfalls nur eine partikulare, keine universale politische Einstellung, die durch suggestive Agitation oder Zwang (d. h. äussere Ausschaltung aller anderen Überzeugungen) zur allein massgebenden gemacht werden soll. Es handelt sich deshalb bei jeder staatssozialistischen Ideologie, die auf eine autoritäre Ordnung abzielt, um eine — wiederum: bewusste oder unbewusste

<sup>1)</sup> Ernst Forsthoff (Professor der Rechte in Deutschland), Der totale Staat. Hamburg 1933, S. 46.

<sup>2)</sup> Näheres bei R. Behrendt, Die Voraussetzung der Demokratie.

— Verhüllung dieser beschränkten Gültigkeit jedes Machtdiktates mittels des Mythos von dem umfassenden, allein durch die Entscheidung der halbgöttlichen Staatsautorität gewährleisteten Gemeinwohl.

#### IV.

Wir beobachteten schon früher, wie sich durch die hier skizzierte Sombartsche Konzeption ein offensichtlicher Widerspruch zwischen der Forderung straffster zentralistischer Organisation und diktatorischer Regelung des menschlichen Zusammenlebens in allen seinen Bereichen und den Reservaten des romantischen Individualisten <sup>1)</sup> zieht, — ein Widerstreit, den man auch deuten kann als Konflikt zwischen den Zugeständnissen an eine scheinbar unaufhaltsam vordringende und sich dem Widerstrebenden <sup>2)</sup> erbarmungslos aufdrängende Realität und den Überbleibseln des subjektiven Wunschtraumes, der «persönlichen (höchstpersönlichen) Gleichung». Die eigenartige und, wie wir sahen, in sich so widerspruchsvolle Synthese «Deutscher Sozialismus» ist das Produkt solchen Widerstreites. Alle Wesenszüge und Wunschrichtungen, auf die der Autor nicht verzichten wollte — ob nun romantisch-individualistisch oder nationalistisch-imperialistisch —, sieht er in sein Idealbild vom «deutschen Wesen» hinein. Er spannt sie mit den Anforderungen eines (an sich schon recht vage gesehenen) «Sozialismus» zusammen, unbekümmert darum, ob sich dadurch nicht sachlich unaufhebbare Widersprüche und unrealistische Abweichungen von jeder noch im Bereich der Möglichkeit liegenden Gestaltung ergeben.

Am deutlichsten, aber wohl auch am bedeutsamsten erweist sich dies schliesslich an seiner Vorstellung von der auswärtigen Wirtschaftspolitik seines «Deutschen Sozialismus», die er mit dem «herrlichen Schlagwort» «Autarchie» umschreibt.

«Das unmittelbare Ziel jeder vernünftigen Wirtschaftspolitik muss sein: der Produktion Nachhaltigkeit und Stetigkeit zu verleihen. Auf „Fortschritte“, wie sie das ökonomische Zeitalter kennzeichnen und dem Wesen des Kapitalismus entsprechen, ... verzichten wir ... Wir sind nun reif für eine stationäre Wirtschaft und schicken die „dynamische“ Wirtschaft des Kapitalismus dahin, woher sie gekommen ist: zum Teufel» (318 f.) <sup>3)</sup>. «Wenn man als den Haupt-

<sup>1)</sup> Man nehme zu den früher zitierten Äusserungen noch folgende: «Organisation ist gut — keine Organisation ist besser ... Kleine Gebilde sind besser als grosse. Mannigfaltigkeit ist besser als Gleichförmigkeit ... Freie Gruppenbildung ist besser als erzwungene» (232).

<sup>2)</sup> Noch 1928 erklärte Sombart auf dem Zürcher Kongress des Vereins für Sozialpolitik über die «Wandlungen des Kapitalismus»: «Ich sehe in der Entwicklung nichts von dem, was ich für wünschenswert halte». Dabei entspricht seine heutige Prognose (wenn man nur die sachlichen Aussagen berücksichtigt) noch durchaus seiner damaligen; welche lautete: «Dass wir einer gebundenen Wirtschaftsordnung entgegengehen ... An Stelle der früheren ausbalancierten freien Marktbewegung jetzt eine von allen Seiten her festgesetzte, festgestellte Gestaltung der Dinge!» (Vgl. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 175, München-Leipzig 1929, S. 126, 134.)

<sup>3)</sup> Genau so hatte schon früher der Nationalist und Autarkist Ferdinand Fried in einem recht dilettantischen Buch «Das Ende des Kapitalismus» (Jena 1931, S. 23) verkündet: «An die Stelle der Dynamik tritt die Statik. An die Stelle der Nationalökonomie kommen wieder die Staatswissenschaften.»

nachteil einer Beseitigung des Kapitalismus Verlangsamung des technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes bezeichnet, so antworten wir, dass wir gerade darin einen Segen erblicken würden» (318). Soweit wieder der antikapitalistische Romantiker.

Damit hält nun jedoch der deutsche Imperialist Sombart eine machtsstaatliche Aussenpolitik für vereinbar. Er lehnt es ausdrücklich ab, die umfassende Ordnung der Planwirtschaft auf die Beziehungen zwischen den Nationen auszudehnen. Denn «für diese bildet... das regelnde Prinzip nicht die Ratio, sondern die Potentia» (205), und «dem Weltenplan sind die Gegensätze der Nationen gemäss» (236). Zwar sind, wie wir erfuhren, dem «Weltenplan» auch die Gegensätze der «durchschnittlich kanaillesken» Individuen innerhalb der Nationen «gemäss» (was der ruchlose Liberalismus ja nicht erfasst hatte). Während hier aber auch gleichzeitig deren Schlichtung durch die Zwangsordnung des «Führers» vorgesehen ist, hat es dort bei der einmal gegebenen Anarchie für immer zu bleiben. Deshalb kommt für die Planwirtschaft als «zentrale Instanz für absehbare Zeiten — wenn nicht für alle Zeiten — nur die nationale Einheit in Betracht, die im Staate ihren Ausdruck findet. Planwirtschaft muss also immer Nationalwirtschaft sein» (280).

Diese Auffassung überzeugt nicht durch besonders solide sachliche Argumente. Es ist nicht einzusehen, wodurch sie empfohlen wird gegenüber jener anderen von jeher vertretenen Überzeugung, die selbst die Möglichkeit dauernder innerer Befriedung unter dem Druck von Machtsprüchen leugnet, wie auch gegenüber jener, die bestreitet, dass echte Befriedung auf die jeweiligen Staatsgebiete beschränkt sein könnte oder sollte.

Weiter: Die nationale Einheit muss beständig vorbereitet sein für den unter solchen Umständen immer wahrscheinlichen Fall eines Krieges. Daraus ergibt sich die Forderung «keines Wirtschaftskörpers, der im wesentlichen in seinen Lebensäusserungen von Vorgängen im Auslande unabhängig ist» (284).

Sombart geht nun nicht so weit, für normale Zeiten eine restlose Abschlliessung von der Weltwirtschaft zu verlangen, sondern er erklärt: «In sachlicher Beziehung autark würde ich schon eine Volkswirtschaft nennen, die nicht in schlechthiniger Abhängigkeit von den Beziehungen mit fremden Völkern steht,... sondern die nach freiem Ermessen das ein- und ausführt, was ihr gut dünkt» (287). Diesen Zustand sieht er verwirklicht in der «Autarchie», d. h. der nationalen «Selbstherrlichkeit», also der handelspolitischen Ungebundenheit der Regierungen, bei der nach restloser Abschaffung des Freihandelsystems mit seiner «verhängnisvollen Meistbegünstigungsklausel» die internationalen Wirtschaftsbeziehungen allein durch eine Reihe kurzfristiger bilateraler Reziprozitätsabkommen sowie durch einseitige Massnahmen, wie Kontingentierungen, Ein- und Ausfuhrverbote etc. geregelt werden.

Damit wäre natürlich gleichzeitig der Zwang zum Aussenhandelsmonopol gesetzt, das — in mehreren wichtigen Ländern eingeführt — die restlose Politisierung der dann noch — man kann sagen: trotzdem — bestehenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen bedeuten müsste.

Diese ganze auf den Kriegsfall und die Vorbereitung auf ihn eingestellte Konzeption wird recht verständlich erst aus Sombarts Überzeugung, dass Deutschland, da «es nur von Feinden umgeben ist, stets in der Gefahr schwebt, überfallen zu werden. Deutschland ist ein gefährdetes Land» (123).

Es soll in diesem Zusammenhang nicht von den jedem Kundigen selbstverständlichen ausserordentlichen Einbussen an Volkswohlstand gesprochen werden, die notwendig die Folge eines solchen tiefgreifenden Umbaus der volkswirtschaftlichen Struktur gegen die natürlichen Gegebenheiten sein müssten. Wir können um so eher darauf verzichten, als natürlich auch Sombart sie zugeben muss. Aber «wo höhere Interessen in Frage stehen, müssen... wir uns auch eine Beeinträchtigung unserer „Lebenshaltung“ gefallen lassen» (292). Es soll hier nur noch untersucht werden, ob denn eine «Autarchie» mit allen ihren Folgen wirklich das geeignete Mittel für die Befriedigung jener «höheren Interessen» sein kann — und ob nicht umgekehrt vielleicht gerade jene «höheren Interessen» Autarchie ausschliessen.

Ein eklatanter Widerspruch besteht schon zwischen der Forderung nach entschiedenem Abbau des technischen Fortschrittes und der hochqualifizierten technischen Ausstattung der Produktion zugunsten «naturnaher» Handarbeit — und dem Ziel einer möglichst umfassenden Vereinigung auch solcher Produktionen im eigenen Land, die nur durch sehr erhöhten technischen Aufwand möglich — wenn auch dann noch längst nicht rentabel — sind. So zählt Sombart selbst eine Reihe von «Massregeln, die die Leistungsfähigkeit der bestehenden Landwirtschaftsbetriebe erhöhen» auf (335), die fast sämtlich in einem Ausbau der technischen Ausstattung der Landwirtschaft bestehen — also gerade desjenigen Wirtschaftszweiges, dessen Rationalisierung und Mechanisierung den Romantiker sonst am härtesten trifft. Es ist nicht abzusehen, wie dieser doch höchst störende Widerspruch zwischen zwei Idealen praktisch aus der Welt geschafft werden soll.

Dazu kommt aber der noch viel wichtigere Konflikt zwischen der besonders betonten Notwendigkeit der Rüstung und Bereitschaft zu Auseinandersetzungen mit dem Ausland und dem ebenso dezidiert auferlegten Verzicht auf technischen Fortschritt — also zwischen innerer «Statik» und äusserer «Dynamik». Das erste Postulat erfordert natürlich stete Vervollkommnung des Produktionsapparates, damit aber auch Aufrechterhaltung der Beziehungen zum Ausland, Austausch neuer Verfahrensweisen, Import absolut bestgeeigneter Rohstoffe und Fertigfabrikate und damit auch Pflege des Exports. Nicht nur entfallen damit alle Bestrebungen nach autarker und statischer Wirtschaftsordnung, sondern entsprechend dem sich dauernd beschleunigenden Tempo des Wettrüstens wird dadurch gerade der Zwang zu umfassender Rationalisierung und Ausweitung des internationalen Güteraustausches noch verstärkt. Auf diese paradoxe, aber unausweichbare Konsequenz habe ich schon früher hingewiesen<sup>1)</sup>, und Sombart erkennt diesen Einwand auch grundsätzlich an, glaubt ihn aber

<sup>1)</sup> «Wirtschaft und Politik in der „kapitalistischen“ Wirklichkeit». Schmollers Jahrbuch, 57. Jahrg. 1933, Nr. 3, S. 36 ff.

leichtthin erledigen zu können: «Was auf diesen Gebieten an technischem Fortschritt erheischt wird, müssen wir leisten» (319).

Nun ist es aber doch wohl unzweifelhaft, dass bei dem gegebenen Niveau und Umfang der militärischen Rüstungen die gesamte Wirtschaftsorganisation von dieser Anforderung derart weitgehend beeinflusst würde, dass sich jede Konstruktion einer statischen, ebenso wie einer auch nur annähernd autarken nationalen Planwirtschaft als völlig illusionär erweisen müsste.

Wie lässt sich zudem die — ebenfalls rein machtpolitische — Forderung eines möglichst schnellen Bevölkerungswachstums vereinbaren mit der ersehnten Zurückschraubung des kapitalistisch erzielten Wirtschaftsertrages, der allein die Vervielfachung der mitteleuropäischen Bevölkerung in den letzten einhalb Jahrhunderten ermöglichte? Der Wille zu politisch-militärischer Machtentfaltung muss zum Kapitalismus treiben bzw. zurückführen. Die besten Beispiele dafür bieten Japan — und Sowjetrussland, das ja in erster Linie durch die Zielsetzung, auf einen Krieg vorbereitet sein zu müssen, zur Forcierung seiner Industrialisierung und damit zur Beibehaltung bzw. Wiedereinführung sehr wesentlicher kapitalistischer Elemente genötigt worden ist. Und auch in der gegenwärtigen Situation der deutschen Wirtschaftspolitik zeichnet sich bereits diese Zwangslage deutlich ab.

Das scheint übrigens auch Sombart zu empfinden, denn er empfiehlt zur Vermeidung dieses Zwanges — internationale Abkommen zur Begrenzung der Rüstungen (319). Ausgerechnet auf diesem, dem Machtstaatsprestige am unmittelbarsten ausgesetzten Gebiet hält also derselbe Autor zwischenstaatliche Einigung für möglich, der sie auf dem doch viel näherliegenden wirtschaftlichen Gebiet für voraussichtlich immer unmöglich, ja sinnlos erklärt! Schliesslich aber scheint er gar nicht zu berücksichtigen, dass, im Falle solche Abkommen möglich und zuverlässig wären, damit ja jede Autarchie hinfällig würde, die doch ausdrücklich allein mit der ständigen Gefahr der internationalen Anarchie begründet wird!

Kurzum: Der Drang nach nationaler Macht und Expansion ist der archimedische Punkt, von dem aus der «deutsche Sozialist» erbarmungslos (wenn auch unversehens) seine ganze «ständestaatliche», autarke und statische Zukunftswelt selbst aus den Angeln wirft. Seine Ideale heben einander auf.

Ist er in erster Linie Nationalist, so ist er in der heutigen Welt nur dann folgerichtig, wenn er alle Überreste dessen, was man bisher unter Kultur und Bildung verstand, resolut abstreift und sich zu einem Weltbild bekennt, wie es ungefähr (d. h. in den Grundzügen, nicht in allen oft sehr unklaren und verworrenen Einzelheiten) Ernst Jünger und die «heroischen Realisten» in Deutschland entworfen haben: Restlose Mechanisierung, Kollektivierung und Disziplinierung aller zum Zwecke höchster kriegerischer Anspannung, die ihren vollendeten Ausdruck in der ganz technisierten «Materialschlacht» findet. Hierin konzentriert und erschöpft sich der Lebenssinn, und alles, was dafür nicht unentbehrlich ist, hat keine Daseinsberechtigung mehr. Also ein allumfassender amerikanisierter preussischer Kasernenhof, auf dem sich die

Existenz aller Menschen genannter Lebewesen von der Wiege bis zum Grabe abspielt <sup>1)</sup>).

Ist er aber in erster Linie «Planwirtschaftler» irgendwelcher Observanz, d. h. erstrebt er eine — ob nun korporative oder sozialistische — Wirtschaftsordnung, die jedem seine «gesicherte Nahrung» und «menschenwürdige Versorgung» gewährleistet, so findet er sich damit unweigerlich zu engster internationaler Zusammenarbeit und damit zum Verzicht auf nichtfriedliche politische Ziele, ja zur Zurückstellung aller politischen hinter wirtschaftlichen Zielen genötigt. Er kann dann weder Nationalist noch Autarkist sein.

«An die Stelle der äusserlichen Bewegtheit und der inneren Erstarrung sollen wieder die innere Bewegtheit und die äussere Ruhe treten. Die dynamische Struktur unseres Daseins muss der statischen weichen» (163). Dies wünschen heute breite durch die kapitalistische Konzentrationstendenz beunruhigte und entwurzelte Schichten im «Kleinbürger»- und Bauerntum. Und gerade sie glauben heute sehr häufig, dieses Ziel durch Förderung politisch extremer Richtungen erreichen zu können, die doch, zur Macht gelangt, durch die Verfolgung ihrer politischen Impulse, durch Unkenntnis und Missachtung wirtschaftlicher Erfordernisse statt dessen einen Zustand herbeiführen, der den bisherigen an Unsicherheit und Unstetigkeit noch unvergleichlich übertrifft. Aufgabe jeder wissenschaftlichen Untersuchung auf diesem Gebiet wäre es, diese Zusammenhänge klarzulegen. In der hier besprochenen werden sie wieder einmal verwischt.

«Teilplanung ist ein Widerspruch in sich... Sie ist oft schlimmer als Planlosigkeit» sagt Sombart selbst (279). Um so erstaunlicher ist es, dass er dieses sehr treffende Wort in dem Augenblick vergisst, wo es sich um die Ausdehnung der Planung auf alle jene Gebiete — gleichgültig, ob diesseits oder jenseits der jeweiligen Staatsgrenzen — handelt, die durch ihre wirtschaftliche Verbundenheit oder durch die Möglichkeit, gewaltsame Störungen auszuüben, von grösster Bedeutung für jede binnenländische Planung sind. Jede nur nationale Planung bleibt unter allen in der Gegenwart gegebenen Umständen notwendig Teilplanung und damit zur Erfolglosigkeit verurteilt. Es bestätigt sich damit nur am ganz entgegengesetzten Ende der politischen Skala die Trotzische These von der Unmöglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus in einem Lande (wie sie sich ja bisher auch in Sowjetrussland als richtig erwiesen hat) — sogar am Beispiel eines radikal nationalistischen «Sozialismus». (Wobei wir die Berechtigung dieser Bezeichnung, die uns im Laufe unserer Erörterungen ja recht zweifelhaft geworden ist, hier dahingestellt sein lassen wollen.)

«Autarkie» (und jede ihr nahekommende Regelung) aber ist in beiden Fällen ausgeschlossen und erweist sich so wieder einmal als ein in sich widerspruchsvolles Ideal, als eine jener zahlreichen nicht genügend durchdachten Verlegenheitsphrasen, welche heute so freigebig von Naturen, die zu sehr auf politische Augenblickserfolge bedacht und zu wenig durch solides Wissen und

<sup>1)</sup> Vgl. dazu von Ernst Jünger besonders «Krieg und Krieger» (Berlin 1930) und «Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt» (Hamburg 1932), sowie R. Behrendt, «Militaristischer Nihilismus» in «Neue Rundschau», Berlin, 1933, Nr. 4.

Verantwortungsgefühl gehemmt sind, den allzu vielen Glaubenssüchtigen und Erlösungsbedürftigen hingeworfen werden.

Kaum eine Haltung ist also in sich so widerspruchsvoll, geistig so wenig geklärt und praktisch so illusionär, wie jene Kombination von Stimmungen, die heute in vielen Ländern grosse Menschenmassen beherrscht und in einigen bereits zur Leitung des Staatswesens gelangt ist: von antikapitalistischen Ressentiments, extrem-nationalistischen Wunschträumen und Sehnsucht nach gesicherter Versorgung.

Und nichts kennzeichnet deutlicher den Verfall der geistigen Haltung in gewissen Gegenden Europas, als die Tatsache, dass ein so trübes Gemisch uns in der anspruchsvollen Form apodiktischer Erkenntnisse als das Bild einer allein erstrebenswerten Zukunft von dem Träger eines der bekanntesten Namen der deutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaft präsentiert wird.

---